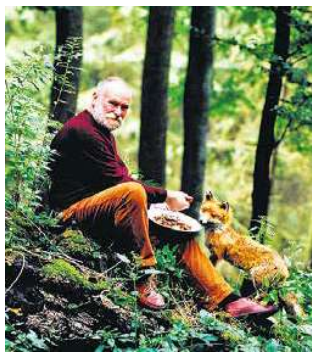


## das porträt



Seemann, Wirt, DJ, Grafiker – was war Marxen eigentlich nicht? Foto: Reto Klar

## Peter Marxen war der Lehrmeister der Dorfpunks

Mit einem munteren Blinzeln aus den Augen ließ Peter Marxen oft die Nadel auf das Vinyl gleiten, wenn am Sonntagabend zu fortgeschrittener Stunde im ostholsteinischen „Forsthaus Hessenstein“ mal wieder Klubabend war. Lester Bowie, das Art Ensemble of Chicago und andere Perlen aus seiner Plattensammlung kredenzte der Wirt dann den oft eher kleinen Runden halbstarker Gäste – neben der einen oder anderen Spirituose. „Sonntag zum Hessenstein“ war unter Lütjensburgs Dorfpunks damals in den 1980er-Jahren ein geflügeltes Wort und der rituelle Abschluss der Woche.

Peter Marxen war Lehrmeister, Gönner und Ratgeber in Personalunion am Tresen des Edelrestaurants am Fuße des alten Wachturns. Manchmal stiefelte er kurz nach oben in die Wohnung, um eine Schallplatte aus den prall gefüllten Regalen zu ziehen, um sie der wissbegierigen und trinkfreudigen Meute unten am Tresen vorzuwerfen. Dazu gab der Mann mit dem Rauschbart hin und wieder Anekdoten preis.

Anekdoten und Platten hatte Peter Marxen reichlich in petto. Aus seiner Zeit im „Onkel Pö“, dem legendären Hamburger Jazzklub, seinen Jahren auf See oder der Etappe als Grafiker, die der Rückkehr nach Schleswig-Holstein Ende der 1970er vorausgegangen waren. Marxen, am 10. Juni im Alter von 80 Jahre verstorben, ist an der Ostsee, genauer am Weißenhäuser Strand, auf die Welt gekommen. Er konnte gut erzählen, erklären, vermitteln – wenn er denn wollte, was auch nicht immer und vor allem nicht jedem und jeder gegenüber der Fall war. Der Mann am Tresen hatte Prinzipien. So ließ er einst im Onkel Pö den Nazi-Bildhauer Arno Breker nicht rein, der als NDR-Talk-Gast vorgesehen war. So musste die Talkrunde ins NDR-Studio umziehen.

Sich gerade zu machen war für den knorrigen Jazz-Liebhaber genauso selbstverständlich wie der faire Umgang mit Musikern – ob bei den Konzerten im Onkel Pö oder hin und wieder auch vor dem Forsthaus Hessenstein. Da traf sich dann eine bunte Mischung von Menschen, die ansonsten kaum etwas miteinander zu tun hatten, und Marxen flanierte zwischen den Gästen aus den unterschiedlichen Welten umher.

So könnte es auch am 4. Juli werden, wenn im Ruheforst in Panker der Lehrmeister der Dorfpunks verabschiedet wird – sicherlich in großer Runde.

Knut Henkel

# Klatsche für die Fehmarnbelt-Querung

Der Europäische Rechnungshof kritisiert die deutsche Zubringerstrecke zum Ostseetunnel als viel zu teuer und die prognostizierten Fahrgastzahlen als zu gering

Von **Gernot Knödler**

Der Europäische Rechnungshof hat den Planern einer festen Fehmarnbelt-Querung ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Der von Dänemark zu bezahlende Tunnel werde 50 Prozent teurer als geplant, die deutsche Zubringer-Bahnstrecke so teuer, dass sie sich nicht rechne, zumal die Prognosen nicht gerade viele Fahrgäste erwarten ließen.

Die Fehmarnbelt-Querung hat der Rechnungshof als eines von acht grenzüberschreitenden „Flaggschiff-Infrastrukturprojekten“ geprüft, die helfen sollen, dass Europa zusammenwächst. Der geplante Auto- und Eisenbahn-Tunnel unter dem Fehmarnbelt soll den Verkehr zwischen Skandinavien und dem Mittelmeer erleichtern. Von Stockholm könnte man dann ohne eine Fähre zu benutzen und ohne den Umweg über das dänische Festland nach Hamburg gelangen.

Das Projekt ist auf deutscher Seite in vielfacher Hinsicht umstritten. Die Bürgerinitiative „Beltretter“ warnt vor der „größten Baustelle Nordeuropas“ mit schlimmen Folgen für den Tourismus. Die Insel Fehmarn werde durch die Verkehrstrasse zerschnitten, die

Anwohner müssten den Lärm von mehr als 70 Güterzügen am Tag ertragen.

Dazu komme der ökologische Schaden, der durch die geplante Trogbauweise für die Ostsee entstehe. Hier gehe es um „eine unnötige Zerstörung wertvoller Natur mitten in einem europäischen Meeresschutzgebiet trotz

## Die Bürgerinitiative Beltretter warnt vor der „größten Baustelle Nordeuropas“ mit schlimmen Folgen für den Tourismus

eines marginalen Bedarfs“, kritisiert der Naturschutzbund (Nabu).

Der Rechnungshof geht davon aus, dass die 88 Kilometer lange Eisenbahn-Zubringerstrecke auf deutscher Seite bis zu 46 Millionen Euro pro Kilometer kosten könnte. Vergleichbare Projekte wie die Anschlussstrecke auf dänischer Seite kosteten bloß elf Millionen Euro pro Kilometer.

Der stolze Preis sei hauptsächlich auf die Kosten für „die Erfül-

lung der über die Standardanforderungen hinausgehenden regionalen Lärmschutzanforderungen“ und für eine neue Fehmarnsundbrücke zurückzuführen, schreibt der Rechnungshof. Statt der zunächst veranschlagten gut 800 Millionen würde die Strecke vier Milliarden Euro kosten.

Die Verkehrsprognosen rechnet den Bau einer solchen Bahnstrecke bei Weitem nicht, warnt der Rechnungshof. Trotz eines 60-Minuten-Einzugsgebiets mit 7,7 Millionen Einwohnern würde zehn Jahre nach der Eröffnung nur mit einer Million Fahrgästen pro Jahr in beiden Richtungen gerechnet. „Dies liegt deutlich unter dem Richtwert von neun Millionen Fahrgästen“, stellen die Prüfer fest.

Die bis zu 73 Güterzüge am Tag machten die Bilanz auch nicht besser. Die würden bloß die Route über den Großen Belt nicht mehr nutzen. Eine wesentliche Verkehrsverlagerung vom Lkw auf die Bahn sei nicht zu erwarten.

Der Rechnungshof regt auch an zu prüfen, ob es nicht reichen würde, die Bahnstrecke auf deutscher Seite auf 160 statt auf 200 Stundenkilometer auszulegen. Schließlich betrage der Zeitgewinn zwischen Puttgarden und Lübeck nur fünf Minuten.

Die höhere Geschwindigkeit koste nur 110 Millionen Euro mehr, sagt dazu die Europäische Kommission. Der Löwenanteil der Kostensteigerung gehe in der Tat auf den verbesserten Lärmschutz zurück, „der von den Bürgern gemäß öffentlichen Konsultationen gefordert wird“.

Der Nabu sieht sich durch den Rechnungshof in seiner kritischen Haltung bestätigt. Er hatte im Juli vergangenen Jahres ein Verkehrsgutachten vorgelegt, das die Querungspläne für überholt erklärte. Der Güterverkehr auf der Bahn zwischen Deutschland, Dänemark und Schweden habe seit der Finanzkrise abgenommen, schreiben darin die Gutachter des Hamburger Verkehrsberatungsbüros Hanseatic Transport Consultancy. Es sei kein Trend für ein nennenswertes Wachstum des internationalen Landverkehrs zu erkennen.

Die Frage, ob das Vorhaben überhaupt nötig sei, werde auch in dem Verfahren eine Rolle spielen, das am 22. September vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig beginne, kündigte der Nabu an. Das Projekt führe zu „einem unnötigen ökologischen GAU im Fehmarnbelt“, warnte der Naturschutzbund. Allenfalls ein gebohrter Tunnel für die Bahn sei denkbar.

Wird die Fähren der Vogelfluglinie überflüssig machen: Tunnel unter dem Fehmarnbelt Foto: ICONO A/S für Femern A/S/dpa



## nachrichten

### Waffenstillstand

Nach dem Einfrieren der Geschäftskonten durch die Staatsanwaltschaft hat der Waffenhersteller Sig Sauer in Eckernförde den Betrieb vorläufig eingestellt. „Wir haben am Mittwoch sämtliche Mitarbeiter nach Hause geschickt, zunächst bis zum Ende der Woche“, sagte Geschäftsführer Tim Castagne am Donnerstag. Grund sei die am Dienstag von der Kieler Staatsanwaltschaft vorgenommene Vollstreckung eines sogenannten Vermögensarrestes über 7,4 Millionen Euro. Neben dem Einfrieren der Geschäftskonten seien Maschinen sowie sämtliche fertigestellten Waffen mit Pfändungssiegeln versehen worden. (dpa)

### Vion-Schlachthof wieder coronafrei

Der Corona-Ausbruch rund um den Vion-Schlachthof in Bad Bramstedt im Kreis Segeberg ist nach Angaben des Kreises beendet. Zuletzt war im Kreis am 6. Juni eine neue Infektion bekannt geworden. Insgesamt seien seit Ende April 2020 im Kreis Segeberg lebende Beschäftigte des Schlachthofs und deren Kontaktpersonen auf das neue Coronavirus getestet worden, sagte Kreissprecherin Sabrina Müller. Bei 59 der Getesteten sei eine Infektion festgestellt worden. Im Nachbarreis Steinburg, wo viele Werkvertragsmitarbeiter des Schlachthofs in einer ehemaligen Kaserne un-

tergebracht waren, gab es nach Angaben von Kreissprecherin Sonja Wilke 81 Infizierte. Vion hatte den Betrieb in Bad Bramstedt Anfang Mai für zwei Wochen gestoppt. Anfang Mai ordnete der Kreis Steinburg für die Sammelunterkunft in Kellinghusen Quarantäne an. Sie wurde inzwischen aufgehoben. (dpa)

### Datenschützerin gewählt

Einstimmig hat Schleswig-Holsteins Landtag am Donnerstag Marit Hansen als Datenschutzbeauftragte wiedergewählt, aber nicht ernannt. Der Grund, warum Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Hansen noch nicht ernennen kann, ist nach

Informationen der Deutschen Presse-Agentur eine Anordnung, die einer der zwei Bewerber vor dem Verwaltungsgericht Schleswig erwirkt hat. Hansen ist seit 2015 Landesdatenschutzbeauftragte. (dpa)

### Pflegeheim in Oyten vom Virus befallen

Das Coronavirus hat sich in einem Pflegeheim in Oyten im Landkreis Verden weiter ausgebreitet. Inzwischen seien 33 Bewohnerinnen und Bewohner sowie 14 Personen aus der Belegschaft positiv getestet worden, teilte der Sprecher des Landkreises, Ulf Neumann, am Donnerstag mit. Eine mit dem Virus infizierte 85-jährige Frau aus der

Einrichtung ist vor wenigen Tagen gestorben. In dem Seniorenheim leben knapp 50 Menschen, damit sind etwa zwei Drittel der Bewohner infiziert. Für alle positiv getesteten Frauen und Männer wurde Quarantäne angeordnet, die Infektionsketten werden nachverfolgt. (dpa)

### Wo bleibt das Ticket?

Die Grünen machen Druck für ein landesweites 365-Euro-Jahresticket für Jugendliche im niedersächsischen Nahverkehr. Der Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel warf Verkehrsminister Bernd Althusmann (CDU) am Donnerstag „Arbeitsverweigerung“ vor. Ein Jahr nach einer Anhörung im Landtag schiebe

die Regierung die Umsetzung weiter auf die lange Bank. Das zeige „deutlich mangelnden Gestaltungswillen“, sagte Schulz-Hendel. Seinen Angaben zufolge könnten rund 1,1 Millionen Schüler und Auszubildende sowie junge Menschen, die ein freiwilliges Jahr absolvieren, von der Vergünstigung im Nahverkehr profitieren. Schüler der Sekundarstufe II sollen sogar kostenlos fahren können. „Ökologisches und Soziales gehören gerade hier zusammen“, sagte Schulz-Hendel. Die Kosten lägen bei rund 90 Millionen Euro jährlich. Die Landesregierung aus SPD und CDU hatte den kostenfreien Schülerverkehr im Koalitionsvertrag verankert. (dpa)